

## AKTUELL

## NATURWIEDERHERSTELLUNGSPLAN

# Ein weiterer „Papiertiger“?

María Elorza Saralegui

**Bis September muss die Regierung einen Plan zur Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme einreichen. NGOs kritisieren den vorliegenden Entwurf – auch, weil er noch nicht vollständig ist.**

Die Kritik, die „natur&mwelt“ und „Mouvement écologique“ (Méco) Anfang dieser Woche äußern, ist scharf: Laut den NGOs verbessere der Wiederherstellungsplan des Umweltministeriums in seiner aktuellen Fassung den Zustand der natürlichen Gebiete des Landes kaum. Bis 2030 muss Luxemburg – so wie alle EU-Mitgliedstaaten – 20 Prozent aller Landes- und Wasserflächen wiederhergestellt haben. So sieht es eine EU-Verordnung von 2024 vor. Für Luxemburg heißt dies konkret: Ein Fünftel der aktuell degradierten Ökosysteme wie Feucht- und Waldgebiete müssen sich in den nächsten vier Jahren in einem gutem Zustand befinden. Bis 2050 müssen alle zerstörten Habitate wiederhergestellt sein.

Um diese Ziele zu erreichen, arbeitet die Regierung nun an einem nationalen Wiederherstellungsplan, der spätestens im September dieses Jahres an die EU-Kommission geschickt werden muss. Ende März stellte das Umweltministerium einen ersten Entwurf im Rahmen einer öffentlichen Konsultationsphase vor. Neben dem Inhalt des Plans bemängeln die zwei NGOs in ihren Stellungnahmen Anfang dieser Woche auch die Befragung an sich.

Nicht nur, dass die Frist der öffentlichen Konsultation auf sechs Wochen beschränkt war, davon zwei in den Osterferien, bedauert natur&mwelt. Der Plan, der während der Konsultation vorlag, war auch schlicht unvollständig: „An einigen zentralen Stellen enthält der Entwurf keine Inhalte, sondern nur den Verweis, dass diese auf Basis der Konsultationsergebnisse ergänzt werden sollen. Das betrifft nicht marginale Details, sondern inhaltlich wesentliche Punkte – darunter zum Beispiel Teile der Maßnahmenliste“, kritisiert der Méco. Diese Herangehensweise mache aber „eine sinnvolle Beteiligung der Öffentlichkeit faktisch unmöglich“, so der Méco. „Zu einem unvollständigen Dokument kann man nur eine eingeschränkte Rückmeldung geben.“

Von dem, was im Plan steht, ist keine der beiden NGOs ganz überzeugt. So erwähnt der Entwurf zwar eine der Ursachen für den Verlust gesunder Lebensräume – der Einsatz synthetischer

Pestizide – und plant, bestehende Projekte wie etwa die Biodiversitäts-Programme (woxx 1799, „Biodiversität: Wer Samen sät ...“) weiterzuführen. Reformen an den bestehenden Agrarförderungen oder neue Maßnahmen sind nicht vorgesehen. Dabei gebe es viele Ideen, beispielsweise ein Verbot von Pestiziden in Natura-2000-Gebieten, wie es in anderen EU-Staaten gilt, oder eine Gemeinwohlprämie. Ohne Änderungen an der intensiven und mit Pestiziden bewirtschafteten Landwirtschaft werden die EU-Ziele nicht zu erreichen sein, warnen die NGOs.

## Bestehende Hürden ignoriert

Die aktuelle Lage der Umwelt in Luxemburg zeigt, dass die bestehenden Maßnahmen nicht genug greifen, beziehungsweise an „Hürden“ stoßen. Eine Bewertung des Naturschutzplans „PNPN32“ von 2023, auf den der Wiederherstellungsplan aufbaut, ist demnach durchaus angebracht. Die „Ursachen des Scheiterns“, etwa die „fehlende Kooperation seitens des Landwirtschaftsministeriums“, „juristische Hürden“ oder die Verantwortung der Gemeinden, behebe der Plan nicht, so die NGOs.

Zudem bemängeln beide NGOs, dass keine Indikatoren festgelegt wurden, anhand derer die Umsetzung des neuen Plans überprüft werden könnte. Auch sei nicht transparent nachzuvollziehen, wie Entscheidungen getroffen wurden. Es sei etwa nicht klar, wie das Ministerium die zu wiederherstellenden Habitate ausgesucht hat.

Trotz Naturschutzplans und einiger erfolgreichen Projekte befinden sich weiterhin zwei Drittel der natürlichen Lebensräume Luxemburgs in einem ungesunden, gar schlechten Zustand. Fast ein Drittel der heimischen Vogelarten ist bedroht, das gleiche gilt für 26 Prozent der Schmetterlings- und 35 Prozent der Pflanzenarten, erinnert natur&mwelt in ihrer Mitteilung an das Ministerium. Lediglich 15 Prozent der Bäume in unseren Wäldern sind gesund, der Zustand der Gewässer ist durchgehend mangelhaft. Der Wiederherstellungsplan riskiere deshalb, ein „weiterer Papiertiger zu werden, der den Biodiversitätsverlust kaum stoppen, geschweige denn umkehren wird“, warnt der Méco, der eine erneute öffentliche Konsultation fordert. Dieses Mal mit einem vollständigen Plan.

## Sorgentelefon für den Agrarsektor

(mc) – Isolation, wirtschaftlicher Druck, Sorge um die Nachfolge: Viele Bäuer\*innen, Winzer\*innen und Gärtner\*innen sehen sich mit Stressfaktoren konfrontiert, die ihre psychische Gesundheit stark belasten. Um diesem Problem zu begegnen, stellten das Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Weinbau, die Landwirtschaftskammer, und der Maschinen- und Betriebshilfsring Lëtzebuerg (MBR) in Zusammenarbeit mit „SOS Détresse Luxembourg“ vergangenen Montag die neue Version eines alten Projektes vor. Der Dienst „Een oppent Ouer fir de Bauer, Wënzer a Gäertner“, der bereits 2015 als Sorgentelefon für Menschen aus dem landwirtschaftlichen Bereich eingerichtet wurde, wurde an das Angebot der SOS-Détresse angeschlossen. Um den spezifischen Bedürfnissen und Herausforderungen des Sektors gerecht zu werden, wurden die ehrenamtlichen Helfer\*innen entsprechend weitergebildet. Der Bedarf für einen solchen Anlaufpunkt sei laut Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV) vom Agrarsektor selbst mehrfach geäußert worden. Nadja Bretz, Leiterin von SOS Détresse, betonte, dass die mentale Gesundheit und ihre Unterstützung ebenso wichtig sei, wie die medizinische oder wirtschaftliche. In Luxemburg gäbe es zwar keine Statistiken, europäische Studien zeigten jedoch, dass Landwirt\*innen einem bis zu 30 Prozent höheren Suizidrisiko ausgesetzt sind als die Allgemeinbevölkerung. Der Dienst ist nun unter der Nummer 80 02 71 71 oder direkt über SOS Détresse (45 45 45) sieben Tage die Woche, anonym und kostenlos erreichbar.

## ArcelorMittal réduit ses objectifs climatiques

(mes) – Alors qu'en 2021 ArcelorMittal avait annoncé vouloir atteindre son objectif de « zéro émissions nettes » d'ici 2050, le géant mondial de l'acier présente désormais un « tournant » sur ses engagements climatiques, alerte Steel Watch dans un nouveau rapport publié début mai. Selon l'analyse de l'organisation, l'entreprise ne prévoit en effet plus une réduction de l'intensité carbone de ses émissions de 25 % d'ici 2030, mais uniquement de 10 %. Quant à l'objectif spécifique pour ses activités en Europe, « qui était auparavant de 35 %, [il] a tout simplement disparu » de ses objectifs durables, dénonce Steel Watch. Pire encore : les investissements dans la décarbonation de ses activités restent « marginaux ». « Seulement 1,1 milliard de dollars sur les 19,8 milliards dépensés entre 2021 et 2025 » ont été investis pour réduire l'empreinte carbone de la société, souligne Steel Watch. Pour l'organisation, il s'agit « d'un revirement décisif et profondément régressif ». « Plus fondamentalement, ArcelorMittal remet en cause le principe selon lequel l'entreprise elle-même a la responsabilité de mener à bien la transition », critique Steel Watch. Pour sa part, le géant de l'acier se veut « réaliste » : « Compte tenu de la situation actuelle, les conditions nécessaires à la décarbonation économique de la sidérurgie devraient rester difficiles au cours de la prochaine décennie », avance l'entreprise dans son dernier rapport sur la durabilité. Environ 10 % des émissions mondiales proviennent de l'industrie de l'acier.

## EU-Libyen: Kooperation trotz Schüssen auf Seenotretter

(tf) – Erneut ist am Montag ein privates Seenotrettungsschiff von einem Patrouillenboot der EU-gestützten sogenannten libyschen Küstenwache mit scharfer Munition beschossen worden. Der Angriff erfolgte kurz nachdem die „Sea-Watch 5“ 90 Menschen aus Seenot gerettet hatte, darunter Personen in akuter medizinischer Notlage. Die libysche Crew drohte zudem, das von der NGO „Sea-Watch“ betriebene Rettungsschiff zu entern und die Besatzung sowie die geretteten Personen an Bord nach Libyen zu verschleppen. Der Angriff folge „einem bedrohlichen Muster eskalierender Gewalt“, so ein Sprecher der Allianz „Justice Fleet“, eines Zusammenschlusses von 14 nicht-staatlichen Such- und Rettungsorganisationen. Das scheint auch das deutsche Bundesinnenministerium so zu sehen. Bereits in der Woche vor dem Ereignis warnte es vor einer „Gefährdung für die zivile Schifffahrt“ in libyschen Küstengewässern einschließlich der Such- und Rettungszone: „In weiten Teilen des Landes kann nicht von einer funktionsfähigen staatlichen Kontrolle ausgegangen werden; dies gilt auch für die Überwachung libyscher Gewässer.“ Für die EU ist dies jedoch kein Grund, endlich die Kooperation mit den libyschen Banden, die als Küstenwächter fungieren, zu beenden. Vielmehr will man die Zusammenarbeit noch ausweiten. Man könne nicht einschätzen, wie viele solcher Fälle verhindert worden seien, „gerade weil wir in dieser Frage konsequent mit den libyschen Behörden zusammengearbeitet haben“, kommentierte eine Sprecherin der EU-Kommission den Vorfall. Vergangenen August war das von der Hilfsorganisation „SOS Méditerranée“ betriebene Rettungsschiff „Ocean Viking“ in einer ähnlichen Situation 20 Minuten lang unter Beschuss genommen worden („Schüsse auf Seenotretter“, woxx 1851).